

Mindestens Mindestlohn – alles Andere wäre prekär

„Eine Gesellschaft, die arm trotz Arbeit ist, ist höchst unsozial und demokratieschädlich“ – so die Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 25.03.08 anlässlich der anstehenden Ausweitung des Entsendegesetzes.

Arm trotz Arbeit

Wahr ist aber auch, dass wir als Gewerkschaften noch einen langen Weg vor uns haben, wir dürfen nicht verleugnen, dass es in Deutschland ca. 750 Tarifverträge und Vereinbarungen mit Arbeitgebern gibt, die unterhalb des Mindestlohnes abgeschlossen wurden. Wahr ist neben dem konjunkturellen Aufschwung der Gegenwart auch die Schattenseite der so genannten Medaille. Es gibt in der Bundesrepublik nahezu 1,3 Mio. Menschen, die als so bezeichnete Aufstocker zusätzliche staatliche Leistungen von Arbeitslosengeld II beantragen müssen, die, um das noch einmal zu verdeutlichen, von dem, was sie verdienen, nicht leben können. Fast doppelt so viele Zweitjobber bessern ihr Einkommen durch einen zweiten Job neben ihrer Haupttätigkeit auf. Und vergessen wir nicht die Hunderttausenden Arbeitslosen, die sich im volkswürdigen „Ein-Euro-Job“ befinden.

Erwerbsarbeit ist kein „Wert an sich“ und hat damit keine Würde.

Träger von Würde sind allein die zur Erwerbsarbeit angehaltenen und erwerbstätigen Menschen.

Zitate von Matthias Möhring-Hesse, aus: Arbeit und Menschenwürde.

Legen wir mal die Lupe an und verdeutlichen diese Tendenzen anhand der statistischen Zahlen für Krefeld als Beispiel für die Entwicklung auch am Niederrhein. Über 3300 Menschen sind in irgendeiner Art und Weise erwerbstätig und gleichzeitig Kunden der ARGE, darunter ca. 1600 Vollzeit-Erwerbstätige. Diesen Kolleginnen und Kollegen reicht der erzielte Lohn nicht für das Be-

streiten des Lebensunterhaltes aus, sie müssen zusätzlich von Arbeitslosengeld 2 leben. Knapp 7000 Menschen in Krefeld sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt und haben einen so genannten 400,- Euro Job zusätzlich. Trotz Aufschwungsphase ist die Zahl aller in Bedarfsgemeinschaft lebenden



Johannes Eschweiler moderierte die Veranstaltung.

Krefeldern mit knapp 28500 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Derzeit sind in Krefeld ca. 2300 Beschäftigte bei Zeitarbeitsunternehmen angestellt. In der Zeitarbeit haben die Gewerkschaften zusammen mit zwei Arbeitgeberverbänden die Aufnahme in das Entsendegesetz beantragt. Leider hat schon der CDU-Parteivorstand am 10. März 2008 seine Ablehnung bekundet mit der Begründung, dass in dieser Branche eine sehr hohe Tarifbindung bestehe. Es darf in der Zeitarbeit jedoch nicht übersehen werden, dass durch die bestehenden Dumpingtarifverträge der Christlichen Gewerkschaften eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung entsteht, die ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten geht. Fest steht: Jeder sechste Vollzeitbeschäftigte in der Zeitarbeit ist noch auf ergänzende Transferleistungen angewiesen. Es ist eine ordnungspolitische Fehlsteuerung, wenn Betriebe ihre Löhne so weit drü-

Es wächst zunehmend die Gefahr, dass sich neben der für die Bevölkerungsmehrheit üblichen Erwerbsarbeit abweichende Formen (niedrig) entlohnter, entrechteter und wenig abgesicherter Arbeit durchsetzen, die mit der normalen Erwerbsarbeit nur noch den Namen, nicht aber deren individuelle und gesellschaftliche Bedeutung teilt.

cken können, dass die Allgemeinheit mit ihren Steuergeldern die Differenz ausgleichen muss. Die Politik ist hier gefordert, dem grö-

ßer werdende Auseinanderklaffen der Löhne innerhalb der Zeitarbeitsbranche ein Ende zu setzen, damit die Branche nicht wieder dahin kommt, wo sie schon einmal war – nämlich in der Schmutzdecke.

Beispiele in Krefeld

Es gibt auch in Krefeld Beispiele von Zeitarbeitsunternehmen, die den Wäschereihelferinnen 4,60 Bruttostundenlohn zahlen, Helfer, die unter 6,- Euro Brutto entlohnt werden. Vielleicht noch mal anschaulicher und schärfer gezeichnet das Beispiel einer Kollegin aus Krefeld. 47 Jahre alt, gelernte Einzelhandelskauffrau, der Modeladen, in dem sie beschäftigt war ging vor drei Jahren in die Insolvenz, danach Arbeitslosengeld, dann Arbeitslosengeld 2. Nun hat sie in diesem Jahr eine Stelle als Verkäuferin in einem mittelständischen Schuhgeschäft in Krefeld aufgenommen, dankbar, dass sie trotz ihres Al-



Eddi Erlemann im Gespräch mit Besuchern der Mahnwache.

ters wieder eine Anstellung erhalten hat. Sie bekommt für eine 40-Stunden-Woche nach Abzügen genau 773,- Euro netto ausgezahlt. Von diesem Geld bestreitet sie fortan ihren Lebensunterhalt zuzüglich 51 Euro Wohngeld. Der offiziell niedrigste „Tarif“ der mit den christlichen „Gewerkschaften“ festgelegt wurde liegt bei 6,32 Euro. Es gibt auch hier in Krefeld und am Niederrhein Beispiele von so genannten Saisonarbeitern in der Landwirtschaft, die noch darunter liegen, natürlich existieren auch hier Beispiele von Bruttostundenlöhnen meist bei illegalen Helfern zwischen 2,50 Euro und 5,- Euro. Die Politik darf nicht ignorieren und vor allem zulassen, dass mit einem weiterem erheblichen Druck auf das Lohngefüge in Deutschland zu rechnen ist – ab Eintritt der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der neuen EU-Beitrittsländer Ost- und Mitteleuropas ab dem 1. Mai 2009 und der Dienstleistungsfreiheit ab dem 1. Januar 2010. Ohne Tarifverträge auf Basis des Entsendegesetzes könnten danach Beschäftigte aus den neuen Beitrittsländern zu den dortigen Arbeits- und Entgeltbedin-



Die Theatergruppe des Arbeitslosenzentrums kommentierte die Misere auf ihre Weise.

Dass sie ihr Arbeitsvermögen umfassend einbringen, wird bei den einen durch hohe Einkommen, bei den anderen aber schlichtweg durch deren Angst vor Verlust ihrer Arbeitsplätze sichergestellt.

gungen ihrer Heimatländer beschäftigt werden. Ohne Schutz für den hiesigen Arbeitsmarkt würden die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die größer gewordene EU als gegenseitige Billigkonkurrenz wahrnehmen.

Die DGB-Gewerkschaften erwarten von der Politik eine konsequente Ausweitung des Entsendegesetzes, letztlich aber die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, damit Menschen wieder über Existenz sichernde Entgelte verfügen. Eine Gesellschaft, in der die Menschen arm trotz Arbeit sind, ist höchst unsozial und demokratieschädlich. Niedriglöhne, Langzeitarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse bedeuten zwangsläufig Niedrigrenten und damit eine Verfestigung von Armut ein ganzes Leben lang. Mindestens Mindestlohn – Kein Lohn mehr unter 7,50 Euro

| DGB Krefeld, Ralf Köpke

Abschied von Wolfgang Drossert-Steltges

Wolfgang Drossert-Steltges, Mitglied unseres Bündnisses und langjähriger KAB-Vorsitzender in MG-Rheindahlen, ist im Februar dieses Jahres verstorben. Für sein engagiertes Eintreten für mehr Gerechtigkeit und gelebten christlichen Glauben sind wir ihm dankbar und werden ihn als streitbaren, aber auch humorvollen Menschen in Erinnerung behalten. | Alexander Micha

»Gute Arbeit« unter ungerechten Verhältnissen

8 Forderungen zur Frage:

Wie kann »gerechte und gute Arbeit« wiedergewonnen werden?

Die Erwartung „guter Arbeit“, die weithin auf die Dimension persönlicher Arbeitsbeziehungen konzentriert bleibt, wird solange zur Illusion, als die Gerechtigkeit der Arbeitsverhältnisse verletzt ist. Sie wird verletzt durch die fehlende Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte, durch das Verbiegen der gleichen Gerechtigkeit, durch die um sich greifende Vermarktung menschlicher Arbeit, durch die Erosion des Tarifvertrags, durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, durch den Verzicht auf eine höhere Wertschöpfung, durch die Diskriminierung der Geschlechter und durch das Ausblenden der Systemfrage. Gegen diese Tendenzen sind acht Forderungen anzumelden:

1 Internationale Finanzarchitektur

Die Nationalstaaten, Notenbanken und die internationalen Finanzagenturen müssen die Aufsicht und Kontrolle über die Finanzmärkte wieder gewinnen.

2 Gleiche Gerechtigkeit

Rückbesinnung auf die gesellschaftliche Grundnorm der Gerechtigkeit als einer Gleichheitsvermutung: Gleichheit heißt nicht Identität. Es geht um verhältnismäßige Gleichheit.

3 Funktion des Sozialstaats

Der Sozialstaat muss nicht deformiert, sondern gegen die zunehmende Vermarktung menschlicher Arbeit und gesellschaftlicher Risiken gefestigt werden.

4 Flächen- und Branchentarifverträge

Wieder-Inkraftsetzen der flächendeckenden Branchentarifverträge: Die zunehmende Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung ist ganz erheblich durch die Flucht aus der Tarifbindung zurückzuführen.

5 Nüchterne Privatisierung

Das hektische, krankhafte Fieber der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen ist einzudämmen, zumindest kritisch zu beleuchten.

6 Aktive Wachstums- und Beschäftigungspolitik

Dem Staat eine stärkere Rolle zuweisen, um das mehrfache Versagen der Märkte zu korrigieren.

7 Jenseits der Erwerbsarbeit: Geschlechterdemokratie

Einlösung der (...) Gleichstellung von Männern und Frauen: Die Beteiligung an der Erwerbsarbeit ist nicht der einzige Schlüssel gesellschaftlicher Integration und auch nicht die einzige beschäftigungspolitische Zielmarke. Neben der Erwerbsarbeit sind private Beziehungsarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement gleich wichtig und gleichrangig.

8 Revision des Kapitalismus

In dem Sozialrundschriften „Centésimus annus“, das Papst Johannes Paul II nach 1991 geschrieben hat, stellt er die Frage „Ist der Kapitalismus das einzige siegreiche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das die Anstrengungen der Transformationsländer verdient und den Entwicklungsländern empfohlen werden kann?“ Seine Antwort lautet: „Nein“.

| Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt a. M. Aus: „Europa sozial gestalten“ Sozialpolitisches Gebet der KAB 2008, S.17



Pfarrer Dietmar Jung, Ev. Kirche Mönchengladbach

Arbeit ohne Menschenwürde international

Der Eine Welt Laden Mönchengladbach hat Alternativen

Die Ursprünge der Weltladen-Bewegung gehen zurück in die 60er Jahre. Damals wurden vielen Menschen bewusst, dass der Import von „Kolonialwaren“ mit brutaler Ausbeutung verbunden ist. So entstand die Idee eines alternativen Handels.

Beispiel Kaffee

Kaffee ist nach Erdöl der weltweit wichtigste Exportrohstoff. Rund 25 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern leben von der Kaffeeernte. In Deutschland werden jährlich pro Kopf im Jahr ca. 150 Liter getrunken. Glaubt man „unseren“ bunten Werbefilmen, so gibt es für die Menschen in der so genannten „Dritten Welt“ nichts Schöneres, als für uns Kaffee anzubauen.

Doch die Kaffeeproduzenten erhalten nur einen sehr geringen Anteil des Ladenpreises, der kaum einer Kleinbauernfamilie erlaubt,

menschenwürdig zu existieren. Die Gewinner sind die Zwischenhändler und multinationalen Konzerne. Im gesamten Kaffeehandel zählt weltweit nur ein Wert: Profit. Was für den Kaffee gilt, gilt auch für viele andere Produkte.

Fair Trade statt Profitmaximierung

Um die Einsicht von einem notwendigen fairen Handel, der sich nicht an der Ausblendung sozialer und ökologischer Kosten beteiligt, in die Praxis umzusetzen, wurde das unabhängige Fair-Trade-Siegel eingeführt. Statt Profitmaximierung sollen in der fairen Produktion und im fairen Handel ein Teil der Erlöse für Gemeinschaftsaufgaben verwendet werden, wie Bildung, Gesundheit, Informationsarbeit.

Faires Einkaufen und Verkaufen in Mönchengladbach

In Mönchengladbach macht sich der Eine Welt Laden ganz konkret und praktisch für einen gerechten Handel stark. Seit inzwischen 25 Jahren haben hier die Mönchengladbacher VerbraucherInnen die Möglichkeit, Produkte einzukaufen, die unter menschenwürdigen Bedingungen produziert und fair gehandelt wurden.

Und ca. 20 ehrenamtliche MitarbeiterInnen tragen dafür Sorge, dass „der Laden läuft“, die Öffnungszeiten eingehalten werden, der Einkauf organisiert wird.

Im Jubiläumsjahr 2008 werden an jedem 25. eines Monats Veranstaltungen angeboten, bei denen sich die Menschen über die unterschiedlichsten Aspekte von fairem Handel, einer gerechten Weltordnung, sozialer und politischer Gerechtigkeit, Umweltschutz und Frieden informieren können.

| Bernhard Clasen

kurz gesagt:

Seminarreihe Linker Niederrhein

www.splitter-und-balken.de

- Krefeld, Fabrik Heeder, 18:00 Uhr
Filme von Martin Keßler:
- 28.8. Kick it like Frankreich 95 min (DGB)
- 30.10. Das war der Gipfel 90 min (attac)
- Mönchengladbach, Kabuff, 18:00 Uhr
- 29.5. Bahn unterm Hammer Film (attac)
- 25.9. Bildungspolitik Vortrag (GEW)
- 27. 11. Prävention gegen Jugendgewalt
J.R.Bülow: Vortrag (Theo-Hespers-Stift.)

umWELTPREIS 2008

Energie geladen? Energisch engagieren!

Bis zum 15. Mai können sich Projekte, Initiativen, Einrichtungen zum Wettbewerb anmelden oder vorgeschlagen werden von Gruppenleiterinnen, Gemeinderäten, Pfarrern Vorgeschlagene Projekte erhalten eine gezielte Einladung zum Wettbewerb.

1. Preis 1000 € 2. Preis 500 € 3. Preis 250 €
4. bis 10. Preis Sachpreise

Eine gemeinsame Aktion von:

Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen, Werkstatt „Umwelt und Natur“ und Regionale Katholikenräte

Info: Stephan Miethke, Tel. 0241/452 251
stephan.miethke@dioezesanrat.bistum-aachen.de

Der Draht zum Bündnisrat:

Eddi Erlemann 02161/567 07 77
e.erlemann@online.de
Markus Lange 02159/81 75 75
mail@steuerberatung-lange.com
Hartmut Wellssow 02161/66 65 24
wellssow.bartrina@online.de
Heinz Backes 0241/45 24 75
heinz.backes@bistum-aachen.de
Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de
Alex Micha 02161/58 13 99
Robert Manstetten 0241/132 05
r-d@manstetten.com

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
Wolfgang Fels, Tel. 021 61/698 81 31
Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
buero@menschenwuerde-und-arbeit.de
Bankverbindung:
Förderverein Stiftung Volksverein MG
Sparkasse Mönchengladbach
(BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25
Verwendungszweck: Bündnis

Bündnis

für Menschenwürde und Arbeit



Brief

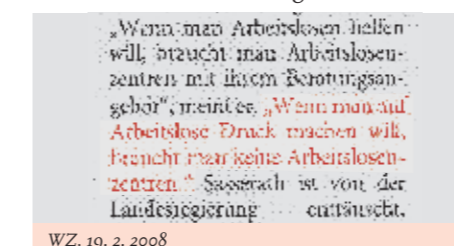
Mai 2008
Nachrichten aus Gesellschaft und Arbeitswelt

Mahnwache erfolgreich, aber noch ohne Erfolg

Die Mahnwache, veranstaltet vom Bündnis für Menschenwürde und Arbeit, gegen die drohende Schließung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen in NRW war erfolgreich, – zumindest was die Beteiligung und das öffentliche Interesse angeht.

Die Mahnwache lag zeitlich vor einer Anhörung im Landtag zur weiteren Förderung der Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen in NRW, welche aber keinen Durchbruch in dieser Frage erzielte. Es scheint so, dass die bisherigen Mittel in Höhe von ca. 4,6 Millionen Euro wegfallen.

Bei der Mahnwache vor dem ehemaligen Stadttheater in Mönchengladbach sprach das Mitglied des Bündnisrates Pfarrer Edmund Erlemann davon, dass wiederum, neben der unglückseligen Hartz-Reform, die Ärmsten in unserer Bevölkerung davon betroffen sind, wenn die Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen in NRW



aufgrund von fehlenden Finanzen schließen oder ihr Angebot einschränken müssten. Es wurde deutlich in einem Podiumsgespräch mit Leitern der Arbeitslosenzentren

Edditorial

Wenn man seine 40 Stunden in der Woche arbeiten geht, muss man doch eigentlich davon leben können. Gehört das nicht zur Menschenwürde?

Die Tatsachen aber sind total anders: es gibt viel Arbeit ohne Menschenwürde in unserem Land. Und betroffen sind viele Frauen und Männer: in Sicherheitsdiensten, bei Lebensmitteldiscountern, bei der Leiharbeit, einer modernen Form der Sklaverei... Die Einführung von menschenwürdigen Mindestlöhnen ist vordringliche Forderung der Gerechtigkeit!

| Edmund Erlemann

Aber wir geben keine Ruhe!

Die nächste Mitgliederversammlung des Bündnisses für Menschenwürde und Arbeit findet am 2. 6. 08 um 19 Uhr im TAK (Treff am Kapellchen), Rudolfstr. 7 in Mönchengladbach statt.



Vor dem geschlossenen Schauspielhaus: Kann es sich die Gesellschaft leisten auch Arbeitslosenzentren zu schließen?

und Arbeitslosenberatungsstellen aus Mönchengladbach, Krefeld, Aachen, Düren und Heinsberg, dass die Angebote der Beratung immer mehr gefragt sind angesichts der Tatsache, dass es viele fehlerhafte Bescheide über Leistungen an die Arbeitslosen gibt, die ARGEN hier aber nicht beraten und sich natürlich selbst keine Widersprüche bescheiden. Außerdem bieten die Treffpunktangebote bis hin zum Mittagstisch für viele Arbeitslose die einzige Möglichkeit soziale Kontakte zu knüpfen, da Arbeitslosigkeit sehr oft mit Vereinsamung verbunden ist.

Die Existenz der vielfältigen und wertvollen Arbeit in den Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen in NRW aufs Spiel zu setzen, indem man seitens des Landes NRW und ihres Ministers Laumann die Zuschüsse kürzt und damit die finanzielle

Grundlage entzieht ist ein Skandal, so der Kollege Knurr vom DGB in Düsseldorf, der so nicht hingenommen werden kann. Mit Vertretern der Kirchen, Gewerkschaften, des Ko-Kreises der Arbeitslosenprojekte im Bistum Aachen und gemeinsam mit etlichen Vertretern aus den Projekten und Initiativen, aus Betrieben und der KAB wurde ein Brief an Minister Laumann unterschrieben, in dem Alternativen zu den Mittelkürzungen seitens des Landes NRW angemahnt werden. Bisher gibt es immer wieder nur die Aussage, dass die ARGEN die Beratungsaufgabe haben und aufgrund der Mittelkürzungen durch die EU das Land NRW diese Mittel einsparen muss. Damit ist die Zukunft von ca. siebzig Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen in NRW nach wie vor unklar.

| Johannes Eschweiler

Öffentliche Anhörung im Landtag zur Situation der Arbeitsloseninitiativen

Die Frage der Weiterführung der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen bewegt schon seit über einem Jahr deren Träger. Das Landesarbeitsministerium hat im vergangenen Jahr beschlossen, die Förderung in der neuen ESF-Förderphase 2007-2013 einzustellen. Damit wird Arbeitslosen landesweit das Angebot einer unabhängigen Beratung und die Möglichkeit eines Treffpunktes entzogen. Zur Entscheidung des Arbeitsministers Laumann und zur Frage der möglichen Weiterführung hat Hermann-Josef Kronen als Sprecher der Arbeitsloseninitiativen im Bis-

tum Aachen im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales am 12. Februar Stellung genommen. Die Kommentierung durch die kirchliche Arbeitslosenarbeit im Bistum – vertreten war auch noch Karl Sasserath vom Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach – erhielt im Ausschuss deutlich Aufmerksamkeit. Gleichwohl bleibt der Eindruck, dass die politischen Vertreter durchweg zwar die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Angebotes erkannten und teilweise hervorhoben, die Frage nach der Finanzierung aber offen blieb.



Es gibt nichts Gutes – außer man kauft es. Wer hier kauft geht mit guter Ware und Laune nach Hause.